



## **AFRIKA/DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO - Nordkivu: über 914.000 Binnenflüchtlinge, 600 verwüstete Schulen, Lage bleibt angespannt**

Kinshasa (Fidesdienst) – Über 600 Schulen wurden im Osten der Demokratischen Republik Kongo zerstört oder von Vandalen verwüstet. Ursache dafür ist die Instabilität und die Präsenz verschiedener bewaffneter Gruppen, die sich gegenseitig bekämpfen und die Zivilbevölkerung terrorisieren.

Dies teilt das kongolesische Büro des Kinderhilfswerks UNICEF mit, das auch daran erinnert, dass allein in der Zeit von September dieses Jahres bis zum heutigen Datum im Nord- und Südkivu insgesamt 250 Schulen zerstört oder von bewaffneten Milizen besetzt wurden. In verschiedenen Fällen wurden Einrichtungsgegenstände oder Schulbücher als Brennmaterial verwendet.

Die Zahl der Schüler, die die Schule nicht besuchen liegt bei 240.000, während es allein in Nordkivu rund 914 Binnenflüchtlingen gibt. Insgesamt 725 Kinder verloren nach Angaben von UNICEF die Eltern bei der dramatischen Flucht aus den Heimatdörfern.

Angespannt bleibt die Lage in Goma, der Hauptstadt des Nordkivu, wo trotz des Rückzugs der Rebellen der Bewegung M23 nach Angaben des Gouverneurs, die Guerillakämpfer dafür sorgen, dass die Zivilbevölkerung in einem „Status der Psychose“ lebt, womit Druck auf die Kongolesische Regierung bei den Verhandlungen in Kampala ausgeübt werden soll. In der ugandischen Hauptstadt laufen derzeit Verhandlungen unter Schirmherrschaft der Internationalen Konferenz der Region der Großen Seen bei denen eine friedliche Lösung für die Krise in Nordkivu gefunden werden soll. Kongolesische Beobachter vermuten jedoch, dass Ruanda und Uganda (das als Mittler auftritt) nicht wirklich am Frieden interessiert sind und erinnern daran, dass die beiden Länder nach Angaben der Vereinten Nationen die Rebellen der M23 unterstützen.

Der kongolesische Präsident Joseph Kabila forderte unterdessen am 15. Dezember in einem Appell zum Schutz der nationalen Einheit angesichts des Vorgehens der Aufständischen der M23 und der „Aggression seitens Ruanda“ auf. In einer Ansprache an Abgeordnete und Senatoren betonte er wörtlich: „Ein weiteres Mal wurde uns ein ungerechter Krieg auferlegt. Es wurde alles gesagt, über den von Ruanda geführten Aggressionskrieg“. (LM) (Fidesdienst, 17/12/2012)